

08.09.2008

Die CDU muss ihren Worten Taten folgen lassen

Bad Homburg. Dass es in Bad Homburg an bezahlbarem und familiengerechtem Wohnraum fehlt, wie der CDU-Fraktionschef Dr. Alfred Etzrodt vergangene Woche bilanzierte, ist für die BLB nun wirklich keine neue Erkenntnis. «Deshalb verschlägt es einem fast die Sprache ob dieser Aussage», sagt Beate Fleige von der BLB. Sie fragt daher: «Wer regiert denn in dieser Stadt seit 60 Jahren? Wer lässt es zu, dass bezahlbare Wohnungen aus dem städtischen Belegrecht herausfallen und das Augenmerk der Stadtplanung primär auf der Entwicklung von Büroflächen liegt?»

So habe man vergangene Woche in der TZ lesen können, dass auf dem ehemaligen Mahle-Gelände 1000 neue Büroarbeitsplätze entstehen, weitere seien für den Bahnhof-Süd angekündigt. «Hier entstehen 500 neue Wohnungen», so Fleige weiter, «eine solche Ankündigung sucht man nach wie vor vergebens.»

Die Wohnungsbedarfsanalyse für Bad Homburg liege seit 2006 in der Schublade von CDU-OB Dr. Ursula Jungherr. Zudem sei im Juli 2007 eine Sammlung von Basisdaten zur demografischen Entwicklung der Kurstadt herausgegeben worden. Das Etzrodt-Plädoyer sei daher nicht neu.

Jedem Kommunalpolitiker sei bereits vor einem Jahr bewusst gewesen, dass sich die Bevölkerungsstruktur weiter verschieben wird und immer weniger junge Familien in Bad Homburg leben werden. Doch daraus habe die Regierungsmehrheit keine Konsequenzen gezogen. Das neue Baugebiet «Hühnerstein» sei unzureichend, um das Problem zu beheben – ganz im Gegensatz zum «Bornberg» in Gonzenheim, wo die Stadt bereits 20 000 Quadratmeter Siedlungsfläche besitze. 600 Wohneinheiten könnten dort entstehen.

Die SPD fragt sich, wie die CDU ihre Idee, neue Baugebiete auszuweisen, bei ihrem Koalitionspartner durchsetzen will: Die FDP sei bekanntlich strikt gegen solche Pläne. Die SPD hingegen favorisiere schon seit langem den Bornberg als neues Quartier. Auch in der Innenstadt soll man nach Meinung der Sozialdemokraten verstärkt nach Möglichkeiten suchen. «Am jetzigen Standort des Krankenhauses favorisieren wir ein weiteres Wohnquartier», so Parteichefin Elke Barth. Einen entsprechenden Antrag habe man im April bereits gestellt. Barth: «Es wird Zeit dass endlich mehr passiert. Nur mit dem Hühnerstein in Ober Erlenbach ist hier zu wenig getan.»

Durch die Wohnungspolitik von CDU und FDP werde günstiger Wohnraum eher vernichtet. Seit Jahren nehme der Bestand an Belegrechten – Wohnungen, bei denen die Stadt vertraglich Einfluss auf Mietpreis und Belegung hat – kontinuierlich ab. Und die Koalition blockiere seit Jahren den Erwerb oder die Verlängerung von Belegrechten. Barths Fazit: «Das Thema demografische Entwicklung wird in Bad Homburg zwar nicht ignoriert, aber dennoch auch nicht konsequent genug vorangetrieben.» (col)